

Kolumne

Ablasshandel oder Klimaschutz?**Ungewöhnlich – aber notwendig**

Der Weltbankpräsident Jim Yong Kim fordert Mitte November 2012 „aggressive“ Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Aber nicht nur Wissenschaft, Politik und Wirtschaft wissen von der Brisanz des Themas. Eine von Ford an „The Futures Company“ in Auftrag gegebene europaweite Befragung macht klar, dass die Mehrheit der Autobesitzer über die Verkehrsdichte, Mobilitätskosten und Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt zunehmend besorgt ist. Aber Wissen heißt noch lange nicht Handeln.

Gewöhnlich – und absolut unnötig

Trotz dem Wunsch die Umwelt und das Erdklima zu schützen, lassen sich die meisten vom Tagesgeschäft überrollen. Man wehrt sich gegen jede Veränderung. Klimazerstörer sind immer die anderen. Halbherzige Klimaschutzmaßnahmen werden vollherzig bejammert. Themen wie: Parkpickerl und Parkgebühren, Umweltzonen, 100 km/h-Begrenzungen auf den Autobahnen und Nova-Aufschläge. Die Maßnahmen werden zu Politthemen verdammt, die eigentlichen Klimaschutzziele geraten völlig in den Hintergrund.

Der Ablasshandel und mögliche Folgen

Die Politik winkt wahlwirksam mit „besseren“ Pendlerpauschalen und anderen Steuergeschenken und zahlt im Jahr 2014 lieber eine saftige Strafe, weil das Kyoto-Ziel verfehlt wurde. Es ist weitaus einfacher, fremdes Geld auszugeben, als wirklich nachhaltige Maßnahmen zu setzen.

Diese Mentalität zieht sich auch durch die Wirtschaft. Es gibt wenige Firmen, die ökologisch nachhaltig arbeiten, Gewinnmaximierung steht im Vordergrund. Wie in der Politik, betreibt man lieber einen Ablasshandel und das funktioniert prächtig. Das Jahr über wird „gesündigt“ und zum Jahresende das Gewissen beruhigt. Dafür gibt es zahlreiche Varianten: CO₂-Kompensationszertifikate kaufen, genügend Lobbyisten „motivieren“ oder marketingwirksam spenden.

Man fühlt sich unwillkürlich ins Mittelalter zurückversetzt, wo sich die

Menschen durch den Kauf von Ablasbriefen einen garantierten Platz im Himmel sichern konnten. Wer genug Geld hatte, konnte damit ungeniert alles tun. Dies förderte die Korruption und auch die arme Bevölkerung wurde ordentlich geschöpft. Auch dies kommt uns irgendwie bekannt vor. Wo der Ablasshandel hinführte, wissen wir. Schlimme Zeiten und Krieg kamen auf die Bevölkerung zu.

Der aktuelle Ablasshandel wird auch nicht funktionieren. Einerseits gibt es die direkt Betroffenen des Klimawandels und die Menschen, welche an die folgenden Generationen denken.

Auf der anderen Seite gibt es die „Ist-mir-egal-Typen“ und die Leute, welche aus dieser Situation bewusst Profit schlagen. Die Kluft wird immer größer werden. Dass Absiedlungen im großen Umfang friedlich ablaufen, ist kaum vorstellbar. Vor allem wenn man sieht, welche Bevölkerungsschichten in der Regel betroffen sind. Österreich hat zwar eine recht angenehme Lage, aber selbst bei uns nehmen Hagel, Sturmschäden, Muren und Überflutungen stark zu.

Umdenken und Entwicklung sind dringend erforderlich

Der Klimaschutz verlangt Wertewandel und promptes Handeln, keine Pseudomaßnahmen und noch weniger einen Ablasshandel. Die Gesellschaft ist verständlicherweise überfordert. Geblendet von Geschenken und Spenden, gefordert von der eigenen wirtschaftlichen Situation und mitunter wachgerüttelt von der einen oder anderen Naturkatastrophe. Der eine ignoriert die Situation und der andere fliegt noch schnell auf die Malediven, bevor sie vielleicht verschwinden. Aber es gibt Hoffnung, denn in Notzeiten steigt das Wertebewusstsein und immer mehr Leute fragen sich, was sie tun können und setzen die Ideen auch um. Es wäre ideal, wenn Klimaschutz nicht länger ein partei- und wirtschaftspolitisches Streitthema ist, sondern ein Staatsthema, bei dem jeder seinen konstruktiven Beitrag leistet.



Dipl. Bw (FH) Anette Mallinger, Fuhrpark- und Mobilitätsberatung, zederbauer + partner gmbh, anette.mallinger@za-partner.at, www.za-partner.at